

Magazin

erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe 11, 2010

Citizenship Education

Auf der Suche nach dem Politischen in der
„Postdemokratie“

Das Politische (in) der politischen Bildung

Hakan Gürses



Das Politische (in) der politischen Bildung

Hakan Gürses

Gürses, Hakan (2010): Das Politische (in) der politischen Bildung.

In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 11, 2010. Wien.

Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Schlagworte: politische Bildung, Postdemokratie, Citizenship Education, Demokratie-Lernen, politische Differenz, Politik, das Politische

Kurzzusammenfassung

In der Praxis politischer Erwachsenenbildung stellen sich drei Fragen immer öfter: Wie steht es um die Demokratie? Welche Rolle spielt dabei die politische Bildung? Was ist überhaupt Politik? Als Antworten auf die ersten beiden Fragen werden im vorliegenden Beitrag die Stichworte „Postdemokratie“ und „Citizenship Education“ beschrieben. Anschließend hinterfragt der Autor diese Antworten anhand des politikphilosophischen Begriffs „politische Differenz“ und diskutiert zugleich die Frage nach dem „Wesen“ der Politik. Er schlägt vor, den in diesem Zusammenhang gewonnenen Begriff des Politischen (im Gegensatz zur Politik) für die politische Bildung fruchtbar zu machen.

03

Das Politische (in) der politischen Bildung

Hakan Gürses

Politische Bildung ermöglicht, die Politik (das Gewordene) aus der Perspektive des Politischen (des Möglichen) zu verstehen.

Ein Weiterbildungsprogramm für ErwachsenenbildnerInnen, das ich moderiere,¹ beinhaltet eine Aktivität namens „Das Politische im Raum“. Dabei bitten wir die TeilnehmerInnen, sich einen Gegenstand im Seminarraum auszusuchen, der aus ihrer jeweiligen Sicht das Politische symbolisiert oder Bestandteil des Politischen ist. Fast alle unsere TeilnehmerInnen haben bisher in der darauffolgenden Reflexionsrunde betont, dass es ihnen leicht gefallen sei, einen Gegenstand zu finden und ihre Wahl anschließend zu begründen, da ja das Politische überall sei. „Wenn aber alles politisch ist“, so unsere Frage, „warum reden wir dann von der Politik als etwas Besonderem – als einer gesellschaftlichen Sphäre wie Ökonomie oder Kultur beispielsweise?“

Eine weitere Feststellung, die von TeilnehmerInnen all jener Bildungsangebote zur politischen Erwachsenenbildung, die ich als Referent und Moderator mitgestaltet habe und mitgestalte, regelmäßig getroffen wird, ist: Der eng definierte Politikbegriff fokussiere nur auf Parteien, Wahlen und formalrechtliche Gleichheitssätze; wahre Demokratie bedeute jedoch viel mehr – jedenfalls Gerechtigkeit und Partizipation. Die derzeitige Lage der Demokratie (und der Politik überhaupt) wird in diesen Gesprächen mit einer sich allmählich weiter öffnenden Schere zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen und der dementsprechend größer werdenden Politikdistanz der BürgerInnen umschrieben.

Desgleichen werden in den Reflexionsgesprächen im Rahmen dieser Veranstaltungen immer wieder die Fragen an uns gerichtet: „Was für eine Rolle spielt da die politische Bildung? Wie kann sie Politikverdrossenheit verhindern und Partizipation fördern?“ Somit habe ich drei Themen stichwortartig angeschnitten, mit denen ich in der Praxis der politischen Erwachsenenbildung tagtäglich konfrontiert bin: das „Wesen“ der Politik, der Zustand der Politik in den demokratisch verfassten, (post-)industriellen Gesellschaften und die Rolle der politischen Bildung. Dass diese Themen nicht nur in Workshops und Seminaren nach ihren Antworten suchen, zeigt ein Blick in die einschlägige Literatur. Analog finden sich in der Fachliteratur drei Begriffe, die jeweils einen aktuellen Forschungsschwerpunkt in der politischen Philosophie, Politikwissenschaft und Politikdidaktik markieren. Es sind dies die Stichworte „politische Differenz“, „Postdemokratie“ und „Citizenship Education“.

Im vorliegenden Essay will ich versuchen, mögliche Konsequenzen des Forschungsstands und der Theoriedebatten entlang dieser drei Begriffe für die politische Bildung auszuloten. Hierzu werden im nächsten Schritt die betreffenden Begriffe kurz umrissen. Anschließend will ich eine Perspektive skizzieren, mit deren Hilfe wir – so meine These – den politischen Gehalt der politischen Bildung ermitteln und daraus Schlüsse bezüglich ihrer gegenwärtigen Konzeption ziehen können.

¹ Die Moderation dieses Programms mit dem Titel „Politische Basisbildung“ führe ich gemeinsam mit meiner Kollegin Rahel Baumgartner durch. Informationen zu diesem und zu weiteren Bildungsangeboten der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB) sind auf der Website <http://www.politischebildung.at> zu finden.

Postdemokratie: ein Analyseraster

In seinem Buch „Postdemokratie“² beschreibt der britische Politologe Colin Crouch die aktuelle Lage der Demokratie im dynamischen Sinn als auf einen Zustand zusteuernd, der wirkliche Gleichheit und politische Beteiligung ad absurdum führe (siehe Crouch 2008). Hierfür entwirft Crouch zunächst ein ideales Modell der Demokratie, das auf bestimmten Vorannahmen beruht: *„Es setzt voraus, daß sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf die Meinungsumfragen antwortet; daß diese Menschen ein gewisses Maß an politischem Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen“* (Crouch 2008, S. 9).

Diesem Ideal stellt er ein – als ebenfalls noch idealtypisch zu beschreibendes – Modell entgegen, in dem zwar alle formalen Merkmale einer Demokratie überlebt haben, jedoch die politischen Entscheidungen fast ausschließlich von (wirtschaftlichen) Interessengruppen via Eliten (LobbyistInnen, PR-Fachleuten, Politik-BeraterInnen etc.) der Regierung diktiert werden, und in dem die Wirtschaft der Politik als Ordnungsprinzip übergestülpt wird. Dieses Modell entspricht der Postdemokratie: *„Der Begriff [Postdemokratie; Anm.d.Red.] bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, [...] in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben“* (ebd., S. 10).

Die Vorsilbe „post“ ist bewusst gewählt: Crouch betont, dass sein negatives Modell keinen nichtdemokratischen Staat darstellen soll, sondern eben einen, der im Begriff ist, die Demokratie *„hinter sich zu lassen“* (ebd., S. 30f.).

Zwischen diesen beiden Polen, dem idealen Modell der Demokratie und dem Schreckgespenst der Postdemokratie, kann nun – so Crouch – die gegenwärtige politische Tendenz analysiert werden. Der Terminus „Postdemokratie“ ist demgemäß eine negative Kontrastfolie, die als Analyseraster dient. Zugleich soll der Begriff das Bestimmen von Maßnahmen ermöglichen, die den Kurs in die andere, in Richtung ideale Demokratie lenken würden. *„Man kann dies auf drei Ebenen versuchen: Erstens mit Maßnahmen, die darauf zielen, die wachsende Dominanz der ökonomischen Eliten zu begrenzen; zweitens mit Reformen der politischen Praxis als solcher; und drittens gibt es Handlungsmöglichkeiten, die den Bürgern selbst offenstehen“* (ebd., S. 133).

Welche AdressatInnen der Autor des Buches auch im Sinn gehabt haben mag – an „normale“ BürgerInnen richtet es sich auf jeden Fall. Vor allem die letztgenannten „Handlungsmöglichkeiten“ deuten auf die Vision einer breiten politischen Partizipation zivilgesellschaftlicher Kräfte. Crouch verschreibt seinen LeserInnen: sich in den NGOs zu organisieren, Druck auf die Parteien auszuüben und dabei die Wahlen nicht zu vernachlässigen!

Citizenship Education: eine appellative Pädagogik

Genau dieses Ziel der Partizipation von aktiven BürgerInnen führt auch die Citizenship Education ins Treffen. Der Fachbegriff, der im angelsächsischen Raum, insbesondere in den USA, lange Zeit synonym mit „civic education“, einer Mischung aus Staatsbürgerkunde und politischer Bildung, verwendet wurde, (vgl. Koopmann 2005, S. 652) hat sich in Großbritannien seit Ende der 1990er Jahre als Bezeichnung für das gängige politikpädagogische Konzept etabliert (vgl. Himmelmann 2007, S. 45). Das vom Europarat 1997 ins Leben gerufene Projekt Education for Democratic Citizenship (EDC)³ und das European Year of Citizenship through Education (2005) haben Citizenship Education bald europaweit

2 Eine ausführliche Diskussion zu Colin Crouchs Theorie der Postdemokratie findet sich im Beitrag von Gary S. Schaal, ergänzt um ein Porträt über den britischen Politologen unter: http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11_02_schaal.pdf; Anm.d.Red.

3 Nähere Informationen über das EDC-Projekt finden sich in englischer Sprache auf der Website des Europarates unter: <http://www.coe.int/t/dg4/education/edc> sowie in deutscher Sprache auf der Informationswebsite des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft unter: <http://www.partizipation.at/560.html>.

als Überbegriff für jene Konzeption von „politischer Bildung“ geprägt, die an der Zivilgesellschaft und der individuellen Erfahrung von BürgerInnen orientiert ist und vor allem auf deliberative (überlegte, beratene; Anm.d.Red.) Lernprozesse setzt. Im deutschsprachigen Schrifttum zur politischen Bildung wird in diesem Zusammenhang zunehmend der Terminus „Demokratie-Lernen“ gebräuchlich (siehe Breit/Schiele 2004; Beutel/Fauser 2007). Aufgrund meiner Fragestellung werde ich Citizenship Education und verschiedene Zugänge zu Demokratie-Lernen trotz ihrer internen ziel-, konzept- und didaktikbezogenen Unterschiede im Folgenden als eine Einheit behandeln.

Worum handelt es sich dabei? *„Nach der Jahrtausendwende befasste sich die Politikdidaktik mit der Frage, ob nicht das Demokratielernen den didaktischen Kern der politischen Bildung bilden sollte. [...] Die[se] Demokratiepädagogen vertraten die Auffassung, dass der Aufbau demokratischer Gesinnung und die Verankerung der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, bedeutsame, wenn nicht sogar die wichtigsten Aufgaben der politischen Bildung seien“* (Detjen 2007, S. 196).

Somit wird der didaktische Fokus von der Politik auf die Demokratie verschoben, werden zugleich individuelle Gesinnung und Verantwortung als normative Ziele bestimmt.⁴ Es wird auch deutlich, dass wir es hier mit einer appellativen Didaktik zu tun haben, die sich an die Individuen als (künftige) BürgerInnen richtet. Einer der wichtigsten BefürworterInnen der Demokratiepädagogik ist der deutsche Politikwissenschaftler Gerhard Himmelmann. Durch seine erweiterte Auffassung des Demokratiebegriffs als eine über die Herrschaftsform hinausgehende Gesellschafts- und Lebensform verschiebt Himmelmann wiederum den thematischen Fokus vom Staat auf die Zivilgesellschaft sowie auf die individuelle Handlungsfähigkeit (siehe Himmelmann 2001). *„Die Vermittlung der Demokratie in ‚Denkform‘ in der Schule, als bloßes Denkspiel, reicht [...] nicht. Es bedarf dringend auch der Anleitung*

zum Handeln, zur tätigen Selbstständigkeit. In der Weckung der Motivation, der Bereitschaft und des aktiven Engagements, in denen dann auch die vielen praktisch-instrumentellen Fähigkeiten, die ‚demokratischen Handlungskompetenzen‘, erprobt, experimentell getestet und durch konkrete Erfahrung interaktiv gelernt und kooperativ gefestigt werden können, darin sehe ich die wohl wichtigste Aufgabe eines konkreten Demokratie-Lernens“ (Himmelmann 2007, S. 44).⁵

In einem neulich erschienenen Text befragt Peter Henkenborg das Demokratie-Lernen bezüglich seiner politik- und erziehungsphilosophischen Quellen, nennt – wie die meisten anderen AutorInnen in diesem Zusammenhang auch – den US-amerikanischen Philosophen John Dewey (1859-1952) als den prägenden Denker, würdigt die wichtigsten Argumente der KritikerInnen von Demokratie-Lernen und schlägt schließlich eine elaborierte (und kritische) Variante dieses Konzepts vor, indem er der Demokratie eine Funktion im Konnex mit der politischen Bildung einräumt: *„Politikdidaktik und Politische Bildung finden ihre normativen gesellschaftstheoretischen Kriterien nur, wenn sie die Idee der Demokratie als einen zentralen normativen Ausgangspunkt und als inhaltliches Zentrum begreifen. Konkret bedeutet dies: Politische Bildung als Demokratie-Lernen ist erstens Hermeneutik der Demokratie und zweitens Kritik der Demokratie“* (Henkenborg 2009, S. 282).

Ich möchte an dieser Stelle die Postdemokratie-These von Crouch mit der Demokratiepädagogik zusammenführen und die – wohl naheliegende – Behauptung aufstellen, dass Crouchs Vorschläge zur Abkehr vom postdemokratischen Kurs durchwegs mit diesem Lernkonzept im Einklang stehen. Citizenship Education stellt die pädagogische Maßnahme dar, die dem von Crouch ausgemalten Idealmodell von Demokratie am ehesten entspricht und zuträglich ist.⁶ Auf beiden Seiten handelt es sich um letztlich auf Zivilgesellschaft bauende, an BürgerInnen gerichtete, appellative und normative Modelle. Das

4 Zur eigentlich längeren Geschichte des diesbezüglichen Streits zwischen VerfechterInnen des Demokratie-Lernens und jenen des Politik-Lernens sowie zu den Argumenten auf beiden Seiten siehe Hufer 2007.

5 Dieses Aufgabenprofil deckt sich weitgehend mit jenem von Education for Democratic Citizenship (siehe dazu die im Auftrag des Europarats verfassten Texte von Birzéa 2000 und O'Shea 2003) sowie von Citizenship Education (siehe dazu Kerr 1999 und Sliwka et al. 2006).

6 Es ist gleichsam kritisch zu betonen, dass Demokratie-Lernen bisher fast ausschließlich ein schulbezogenes Modell geblieben ist und der politischen Erwachsenenbildung nicht viel Achtung geschenkt hat.

gemeinsame Ziel ist die aktive bürgerliche Mitgestaltung der Politik, deren Fundament und Zweck zugleich eine lebendige Demokratie darstellt.

Politische Differenz: eine Neubestimmung des Politischen

An diesem Punkt kommt der dritte Begriff ins Spiel, den ich eingangs erwähnt habe und der ein wichtiger Knotenpunkt in den politikphilosophischen Debatten der letzten zwanzig Jahre ist: „politische Differenz“. Der Terminus bezieht sich auf eine Unterscheidung, die verschiedene TheoretikerInnen zwischen der Politik und dem Politischen (franz.: la politique und le politique; engl.: politics und the political) getroffen haben: „Die Beiträge zur politischen Philosophie, die in diesem Feld seit den 1980er Jahren geliefert wurden, zeichnen sich durchweg dadurch aus, dass sie der [...] Unterscheidung zwischen le politique und la politique zuarbeiten“ (Bedorf 2010, S. 13).

Obwohl die politische Differenz vor allem mit einer Reihe von frankophonen AutorInnen (wie Jean-Luc Nancy, Jacques Rancière, Alain Badiou, Claude Lefort oder Chantal Mouffe)⁷ in Verbindung gebracht wird, gelten zwei deutsche PhilosophInnen als „WegbereiterInnen“ dieser Unterscheidung: Carl Schmitt (1888-1985) und Hannah Arendt (1906-1975).⁸ Sie haben – auf sehr unterschiedliche, zuweilen sogar gegensätzliche Weise – das offene, veränderbare und sich verändernde, niemals gänzlich zu erschließende Wesen des Politischen hervorgehoben, ohne es jedoch zunächst gegenüber der Politik zu kontrastieren (vgl. Marchart 2010, S. 35-47). Erst die oben erwähnten frankophonen TheoretikerInnen haben die politische Differenz eingeführt, indem sie das als Möglichkeitsform begriffene Politische der institutionellen, normativ legitimierten, mit Durchsetzung von Herrschaft identifizierten Politik gegenüberstellten.

Oliver Marchart vertritt die These, dass die Gemeinsamkeit zwischen den unterschiedlichen

Auffassungen der politischen Differenz in deren Annahme der „Unbegründbarkeit der Gesellschaft“ (ebd., S. 17) bestehe. Diese Annahme kommt im englischen Ausdruck post-foundationalism (Postfundamentalismus) am besten zum Vorschein. „Unter Fundamentalismus (foundationalism) sind besonders jene Positionen zu verstehen, die von fundamentalen, d.h. revisionsresistenten Prinzipien, Gesetzen oder objektiven Realitäten ausgehen, die jedem sozialen oder politischen Zugriff entzogen sind“ (ebd., S. 15). Die vulgärmarxistische Annahme „ökonomisch bestimmter historischer Entwicklungsgesetze“ oder die neoliberale Behauptung von den „unabänderlichen Naturgesetzen des Marktes“ zählen laut Marchart zu solchen fundamentalistischen Positionen. Doch befinden sich diese (vermeintlich) unabänderlichen Grundlagen heute zunehmend in Auflösung: „Kein gesellschaftlicher Akteur ist heute in der Lage, ein bestimmtes Zeichen der Gewissheit zum positiven Fundament des Sozialen, der Politik oder des Denkens zu erheben. Was daher an den Bruchstellen des fundamentalistischen Horizonts sichtbar wird, ist jenes Denken des Postfundamentalismus [...]“ (ebd., S. 15f.).

Die politische Differenz, die Unterscheidung zwischen der Politik und dem Politischen, will den Blick für die Unabgeschlossenheit gesellschaftlicher Prozesse schärfen. Das Wesen des Politischen ist demnach nicht von vorneherein bestimmbar; Gesellschaft, politisches System und Ordnung sind kontingent (möglich, aber nicht notwendig); das Politische bleibt stets eine „Leerstelle“, die verschiedene gesellschaftliche Gruppen mit eigenen Inhalten „aufzufüllen“ bemüht sind. Die von Jacques Rancière geäußerte Maxime verdeutlicht diese Perspektive: „Nichts ist [...] an sich politisch. Aber alles kann es werden [...]. Ein und dieselbe Sache – eine Wahl, ein Streik, eine Demonstration – kann Politik oder nichts stattfinden lassen“ (Rancière 2002, S. 44).

Eine deutliche Abgrenzung des Politischen von der Politik mit dem Ziel, dem (neo-)liberalen „postpolitischen“ Zeitgeist entgegenzutreten, hat Chantal Mouffe vorgelegt: „Mit dem ‚Politischen‘ meine ich

7 Aus Platzgründen sei hier nur auf drei Neuerscheinungen verwiesen, die eine gute Übersicht über diese Debatten samt den darin vertretenen Positionen bieten: Bedorf/Röttgers 2010; Marchart 2010; Bröckling/Feustel 2010.

8 Wobei ein solches Nebeneinander zweier Namen widersprüchlicher kaum sein könnte: Ersterer ein nationalsozialistischer Philosoph und „Kronjurist des Dritten Reiches“; Zweitere eine jüdische Philosophin; die uns am Beispiel eines anderen Nationalsozialisten die „Banalität des Bösen“ vor Augen führte.

die Dimension des Antagonismus, die ich als für menschliche Gesellschaften konstitutiv betrachte, während ich mit ‚Politik‘ die Gesamtheit der Verfahrensweisen und Institutionen meine, durch die eine Ordnung geschaffen wird, die das Miteinander der Menschen im Kontext seiner ihm vom Politischen auferlegten Konflikthaftigkeit organisiert“ (Mouffe 2007, S. 16).

In diesem Modell der „radikalen Demokratie“ (siehe Laclau/Mouffe 2000) basiert das Politische nicht auf Rationalität oder Individualismus, sondern es zeichnet sich durch den Konflikt kollektiver Identitäten im Kampf um die gesellschaftliche Hegemonie aus: Das Politische kann nur im Zusammenhang der Gegensätze und der Hegemonie begriffen werden.⁹

Was bedeutet das Politische für die politische Bildung?

Ich will zusammenfassen: Wie unterschiedlich (zudem fallweise wenig „sensationell“) die konkreten Handlungsvorschläge im Rahmen des hier bruchstückhaft vorgestellten Theoriestrangs um die politische Differenz immer auch ausfallen mögen – das darin entwickelte Konzept des Politischen deutet auf ein anderes politisches Verständnis als jenes, das Crouch und die demokratiepädagogischen TheoretikerInnen teilen.

Sowohl Crouch als auch die Demokratiepädagogik gehen von einem vorbestimmten, normativ „gesetzten“ Grund aus, der als archimedischer Punkt der Gesellschaft fungiert. Dieser Grund heißt Demokratie. Von ihr hat jede politische Überlegung und Zielsetzung auszugehen sowie ihre Legitimation zu beziehen, und in sie muss jede politische Intervention folgerichtig münden: egal, ob es sich dabei um „zivilgesellschaftliche“ Aktionen oder um pädagogische Maßnahmen handelt. Indessen wird Demokratie anhand jener Ideale und Maßstäbe rational fundiert, welche ohnehin schon

Gemeinplätze bilden und somit auch von „GegnerInnen“ der idealen Demokratie Crouchs oder des Demokratie-Lernens in keiner Weise bestritten werden: Partizipation, Handlungskompetenz und Kritikfähigkeit der BürgerInnen, Gleichheit und Gerechtigkeit in der demokratischen Gesellschaft. Der Unterschied zwischen dem Crouch’schen und dem von ihm kritisierten neoliberalen Demokratie-Modell liegt letzten Endes in den Verfahren der Demokratie und in der Rolle des Staates – in beiden Fällen geht es um eine Differenz im Bereich der Politik und nicht des Politischen. Was wiederum Citizenship Education bzw. Demokratie-Lernen vermitteln soll, ist – eben Demokratie; verstanden als eine Ordnung, die besser funktionieren soll, und als ein normativer Katalog von Werten, Einrichtungen, Verfahrensweisen und Zielen, der verinnerlicht werden soll: also wieder Politik!

Neben dieser verfahrensorientierten Fundierung und Legitimierung der Demokratie steht auch der individualistische Ansatz von Citizenship Education der hegemonialen Auffassung des Politischen entgegen. Eine solche appellative Politikdidaktik, die der neoliberalen „Staatsphobie“ paradoxerweise die Stärkung der einzelnen BürgerInnen entgegensetzen will, verkennt die gesellschaftlichen Kämpfe um die Hegemonie und erschöpft sich im Hinweisen auf Konflikte von vorgefertigten und verfestigten Interessengruppen (etwa: Sozialpartnern) oder im Warnen vor allzu bekannten Feindbild-Identitäten wie „islamischem Fundamentalismus“ – wodurch letztendlich die Hegemonie legitimiert und bestätigt wird.

Diese kritische Liste, die noch fortgesetzt werden könnte, darf nicht als pauschale Ablehnung der Intentionen, die Crouch und DemokratiepädagogInnen verfolgen, missverstanden werden. Ich halte die Postdemokratie-Analyse in vielen Punkten für eine erhellende und scharfsinnige Diagnose der politischen Gegenwart; und Demokratie-Lernen, vor allem in seiner kritischen Version (vgl. etwa

⁹ Ich will nicht verhehlen, dass ich Argumenten dieses Theoriestrangs nicht kritiklos zustimme. Vor allem drei Gründe, die ich hier nur nennen kann, sind dafür ausschlaggebend: Der eingeführte Politik-Politischen-Gegensatz hat den Charakter einer Dichotomie und bringt dadurch altbekannte theoretische Sackgassen mit sich; das Politische trägt in seiner Konzeption Züge, die durchaus als metaphysisch zu bezeichnen sind; schließlich deuten die meisten (aber nicht alle!) konkreten Handlungsvorschläge im Rahmen dieses Theoriestrangs auf einen Horizont, der „politisch“ den gegenwärtigen Machtformen verhaftet ist und Macht und Ordnung nicht per se kontingent erscheinen lässt (vgl. dazu meinen Vorschlag einer „atopischen Kritik“ der Macht in Gürses 2010 sowie die anders gelagerten kritischen Positionen von Klass 2010 und Hirsch 2010). Dennoch will ich politische Differenz im Folgenden mit dem konzeptionellen Selbstverständnis politischer Erwachsenenbildung konfrontieren, da ich überzeugt bin, dass dies eine fruchtbare Debatte einleiten kann.

das Zitat aus Henkenborg 2009 weiter oben), bringt meines Erachtens durchaus innovative Zugänge mit sich. Mir geht es lediglich um die Verdeutlichung eines Befunds – dass nämlich die hier aufgezählten Antworten auf die Fragen „Was ist Politik? Was ist wahre Demokratie? Was ist die Rolle politischer Bildung?“ auf der Reflexionsebene der Politik zu orten sind und das Politische in diesen Konzepten und Zielsetzungen größtenteils abwesend ist. Dieser Befund gilt überhaupt für das Gros der politischen Bildung.

Das Eintreten ins „Reich des Politischen“ würde der politischen Bildung einen neuen Horizont eröffnen. Im Rahmen einer derlei aus dem Möglichkeitsbewusstsein des Politischen (und nicht dem Endgültigkeitsbeharren der Politik) gespeisten politischen Bildung würde eine Reihe von Akzentverschiebungen und konzeptuellen Umkehrungen stattfinden. Erinnern wir uns an das eingangs erwähnte Beispiel „Das Politische im Raum“. So müsste die darin geäußerte Behauptung „Alles ist politisch!“ der Einsicht weichen: Nichts ist per se politisch, solange wir nicht die Bedingungen und Machtverhältnisse in

den Blick bekommen, die etwas (beispielsweise einen Gegenstand im Raum) in die politischen Kämpfe und Konflikte einschließen – also: politisieren. Die darauf folgende Beschwerde, wahre Demokratie sei nicht vorhanden, müsste eine kritische Reflexion über jenen normativen Katalog nach sich ziehen, der eine solche Vorstellung von der wahren Demokratie überhaupt erst ermöglicht. Die Stoßrichtung dieser Reflexion wäre das Aufzeigen der Kontingenz nicht nur dieser Demokratie, sondern jeder Ordnung, die sich – auch nicht von ungefähr – mit dem Titel Demokratie schmückt. Schließlich müsste die Frage, was für eine Rolle denn politische Bildung bei all dem einnehme, vielleicht folgendermaßen beantwortet werden: Sie ermöglicht, die Politik (das Gewordene) aus der Perspektive des Politischen (des Möglichen) zu verstehen und dabei die Funktion der (politischen) Bildung in der vorhandenen Ordnung selbst in Evidenz zu halten.

Das Politische würde das Attribut politisch, das im Namen der politischen Bildung steht, rechtfertigen und zugleich hinterfragen. Ist das nicht etwas mehr, als Politik-Lernen oder Demokratie-Lernen vermitteln können?

Literatur

Verwendete Literatur

Bedorf, Thomas (2010): Das Politische und die Politik – Konturen einer Differenz. In: Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (Hrsg.): Das Politische und die Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 13-37.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Detjen, Joachim (2007): Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. München: Oldenbourg.

Henkenborg, Peter (2009): Demokratie-Lernen – eine Philosophie der Politischen Bildung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 2009/3, S. 277-291.

Himmelmann, Gerhard (2007): Demokratische Handlungskompetenz. „Standards für Mündigkeit“. In: Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hrsg.): Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag, S. 42-70.

Koopmann, F. Klaus (2005): Politische Bildung in den U.S.A. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag, S. 652-668.

Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Weiterführende Literatur

- Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (Hrsg.) (2010):** Das Politische und die Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hrsg.) (2007):** Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag.
- Birzèa, César (2000):** Education for Democratic Citizenship: A Lifelong Learning Perspective. Europarat-Dokument DGIV/EDU/CIT (2000) 21. Online im Internet: <http://www.bpb.de/files/F0R5Q8.pdf> [Stand: 2010-10-12].
- Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.) (2004):** Demokratie braucht politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bröckling, Ulrich/Feustel, Robert (Hrsg.) (2010):** Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld: transcript.
- Gürses, Hakan (2010):** Kein Kommentar! Was ist „atopische“ Kritik? In: Mennel, Birgit et al. (Hrsg.): Kunst der Kritik. Wien, Berlin: Turia + Kant, S. 175-196.
- Himmelmann, Gerhard (2001):** Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag.
- Hirsch, Michael (2010):** Der symbolische Primat des Politischen und seine Kritik. In: Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (Hrsg.): Das Politische und die Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 335-363.
- Hufer, Klaus-Peter (2007):** Ein alter Hut? Demokratiepädagogik contra Politikdidaktik. In: Praxis Politische Bildung. Materialien – Analysen – Diskussionen, 11. Jg., Heft 4, S. 293-296.
- Kerr, David (1999):** Citizenship Education: an International Comparison. Online im Internet: http://inca.org.uk/pdf/citizenship_no_intro.pdf [Stand: 2010-10-12].
- Klass, Tobias Nikolaus (2010):** Das Gespenst des Politischen. Anmerkungen zur „politischen Differenz“. In: Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (Hrsg.): Das Politische und die Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 303-334.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2000):** Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. 2. Aufl. Wien: Passagen.
- O’Shea, Karen (2003):** Glossar zur demokratiepolitischen Bildung. Der Weg zu einem gemeinsamen Verständnis. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (zweisprachige Veröffentlichung des Europarat-Dokuments DGIV/EDU/CIT (2003) 29 vom 22. Oktober 2003). Online im Internet: http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Publikationen/glossar_dtengl.pdf [Stand: 2010-10-14].
- Sliwka, Anne et al. (Hrsg.) (2006):** Citizenship Education. Theory – Research – Practice. Münster: Waxmann.

Weiterführende Links

- EDC/HRE (Education for Democratic Citizenship and Human Rights):** <http://www.coe.int/t/dg4/education/edc> und <http://www.partizipation.at/560.html>
- Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB):** <http://www.politischebildung.at>
- Politische Bildungsarbeit in der Erwachsenenbildung. Grundsatzpapier (Mai 2007):** http://www.politischebildung.at/upload/Grundsatzpapier_oegpb.pdf



Dr. Hakan Gürses

guerses@politischebildung.at
<http://www.hakanguerses.at>
+43 (0)1 5046858-12

Hakan Gürses studierte Philosophie in Wien. Er ist wissenschaftlicher Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB), Lehrbeauftragter am Institut für Philosophie und des Projekts „Internationale Entwicklung“ der Universität Wien sowie Referent beim postgradualen Universitätslehrgang „Interkulturelle Kompetenzen“ an der Donau-Universität Krems. Von 1993 bis 2008 war er Chefredakteur der Zeitschrift „Stimme von und für Minderheiten“.

The Political in Civic Education

Abstract

In the practice of adult civic education, three questions arise more and more often: How do things look for democracy? What role does civic education play in this? What is politics, actually? In the present article, the keywords “post-democracy” and “citizenship education” are described as answers to the first two questions. Afterwards, the author questions these answers using the political philosophical term “political difference” and at the same time discusses the question of the “being” of politics. He suggests using the term obtained in this context of the political (as opposed to politics) for the benefit of civic education.

Impressum/Offenlegung

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

Gefördert aus Mitteln des ESF und des bm:ukk
Projekträger: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Koordination u. Redaktion: Institut EDUCON – Mag. Wilfried Hackl

erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck

Online: www.erwachsenenbildung.at/magazin

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783842339972

Medieninhaber



Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
A-1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5350 Strobl

Herausgeber der Ausgabe 11, 2010

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)
Mag. Wilfried Hackl (Geschäftsführender Hrszg., Institut EDUCON)

Fachredaktion

Mag.^a Barbara Daser (ORF Radio Ö1, Wissenschaft/Bildung)
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Klagenfurt)
Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Online-Redaktion, Satz

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Institut EDUCON)
Andreas Brandstätter (/andereseiten / grafik.layout)

Lektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das „Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazin erwachsenenbildung.at sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll durch das Magazin der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden. Die eingelangten Beiträge werden einem Review der Fachredaktion unterzogen. Zur Veröffentlichung ausgewählte Artikel werden lektoriert und redaktionell bearbeitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten.

Als Online-Medium konzipiert und als solches weitergeführt, ist das Magazin erwachsenenbildung.at beginnend mit der Ausgabe 7/8, 2009 zusätzlich in Druckform erhältlich.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des „Magazin erwachsenenbildung.at“ unter der „Creative Commons Lizenz“. BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an redaktion@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p.A. Institut EDUCON
Bürgergasse 8-10
A-8010 Graz
redaktion@erwachsenenbildung.at
<http://www.erwachsenenbildung.at/magazin>